



## Europäische Kommission will gegen „SLAPP-Klagen“ vorgehen *Zwei Ausschüsse des Parlaments fordern Legislativvorschlag*

Am 10.05.2021 stellte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, dem Rechtsausschuss (JURI) des Europäischen Parlaments die Pläne der Kommission bzgl. sog. Strategic Lawsuits Against Public Participation (kurz: SLAPP-Klagen) vor. SLAPP-Klagen sind ein juristisches Phänomen, das mittlerweile nicht mehr nur NGOs, sondern auch die Kommission beunruhigen. Es sind zivilrechtliche Klagen von Unternehmen, seltener von Privatpersonen oder Behörden gemeint, die überzogene Schadensersatzforderungen an kritisch berichtende Journalisten und Journalistinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft stellen. Durch die horrend hohen Schadensersatzsummen sollen Kritiker eingeschüchtert werden. Problematisch ist vor allem, dass demokratische Mittel genutzt werden, um autokratische Ziele zu verfolgen. Dem Missbrauch des europäischen Justizsystems will sich die Kommission entgegenstellen. Kommissarin Jourová stellte in ihrer Vorstellung der Pläne klar, dass SLAPP-Klagen der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Europäischen Union zuwiderlaufen würden. Der missbräuchliche Gebrauch von Klagen zur Einschüchterung von Journalisten und deren Rechtsbeiständen gefährde die freie Meinungsäußerung und sei nicht mit den Werten der EU vereinbar.

Im Rahmen des Arbeitsprogramms der Kommission für 2021 sowie im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie (KOM (2020) 790) sei, so Jourová, bereits für das 4. Quartal 2021 eine Initiative gegen die sog. SLAPP-Klagen angekündigt worden, um Journalisten und die Zivilgesellschaft vor missbräuchlichen Prozessen in der EU zu schützen. Aus dem Grunde würden derzeit mehrere Studien zur Untersuchung der Situation in den Mitgliedstaaten durchgeführt. Auch sei eine Diskussion mit von SLAPPs Betroffenen eingeleitet sowie eine Expertengruppe eingerichtet worden. Die bisherigen Untersuchungen würden darauf hindeuten, dass die rechtliche Situation komplex sei und daher eine Mischung von verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung der SLAPP-Klagen erforderlich sein werde. Derzeit sei noch unklar, ob in den Maßnahmen, die vorgeschlagen werden sollen, auch ein legislativer Vorschlag enthalten sein wird oder lediglich sog. soft policy Maßnahmen unionsweit implementiert werden sollen. Überlegungen bestünden für kostengünstige Rechtsbeistände für betroffene Journalisten und Verbände. Außerdem sollen Schulungen für Richter und Richterinnen finanziert werden, um SLAPP-Klagen schnell zu erkennen und dem Missbrauch Einhalt zu gebieten.

In einer gemeinsamen Sitzung am 11.05.2021 befassten sich der Rechtsausschuss (JURI) und der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Parlaments ebenfalls mit den SLAPP-Klagen. Es herrschte große Einigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg, dass auf europäischer Ebene Maßnahmen gegen derartige Verfahren ergriffen werden müssten, um Grundwerte der EU wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit zu stärken und zu verteidigen und um Journalisten zu schützen. Derzeit arbeiten die Ko-Berichterstatter Roberta Metsola (EVP) und Tiemo Wölken (S&D) an einem Initiativbericht des Parlaments, der sich für ein neues EU-Gesetz gegen missbräuchliche Klagen zur Einschüchterung von Journalistinnen und Journalisten und Zivilgesellschaft ausspricht (2021/2036 (INI)). Bereits in einer Entschließung vom 25.11.2020 (2020/2009/INI) hatte das Parlament den Einsatz der SLAPP-Klagen verurteilt. MdEP Wölken unterstrich in der gemeinsamen Ausschusssitzung, dass SLAPP-Klagen nicht anhängig gemacht werden, um einen Prozess tatsächlich zu gewinnen. Vielmehr gehe es den Klägern lediglich um Einschüchterung. Die Journalisten sollen effektiv an der Ausübung ihres fundamentalen Grundrechts auf freie Meinungsäußerung gehindert werden. MdEP Metsola verwies auf den Fall der Journalistin Daphne Caruana Galizia. Gegen sie seien insgesamt über vierzig SLAPP-Klagen anhängig gewesen, bis sie letztlich im Jahr 2017 einem Auftragsmörder zum Opfer fiel. Der Fall zeige, dass nicht nur die Journalisten der EU, sondern auch die von ihr vertretenen Werte im Kreuzfeuer stünden.

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert

---



Weiterführende Informationen:

Video der JURI-Sitzung (ab 17:58 Uhr):

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/committee-on-legal-affairs\\_20210510-1645-COMMITTEE-JURI\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/committee-on-legal-affairs_20210510-1645-COMMITTEE-JURI_vd)

Initiativbericht des Europäischen Parlaments (2021/2036(INI)):

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2021/2036\(INI\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2021/2036(INI))

<https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-a-new-push-for-european-democracy/file-initiative-against-abusive-litigation-targeting-journalists-and-rights-defenders>  
Kommentar